

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 27. Erscheint alle Sonnabende.
Abonnementpreis 1,50 Mk. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbenderstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 4. Juli 1908.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Zeile
oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist
stets vorher einzusenden.)
.. Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile ..

22. Jahrg.

Kollegen! Seid Euch stets bewußt, daß unsere wichtigste Aufgabe die Festigung und Stärkung unseres Verbandes ist. Darum agitiert, organisiert, klärt die indifferenten und noch wankelmütigen Kollegen auf! Laßt die jetzige günstige Zeit nicht ungenutzt vorübergehen!

Die Verhandlungen des 6. Gewerkschaftskongresses

sind in ruhiger, sachgemäßer Weise verlaufen und haben auch ein erfreuliches Resultat gezeitigt. Sie fanden statt in dem großen festlich geschmückten Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses, von dessen Bühne die Rüstern der beiden hervorragenden Führer des modernen Proletariats, Marx und Engels, auf die Versammelten herniederzuschauten. Es waren 324 Delegierte anwesend und auch die Gewerkschaften Dänemarks, Oesterreich-Ungarns und der Schweiz hatten Vertreter geschickt. Namens der Generalkommission eröffnete Genosse Legien die erste Sitzung und richtete einige Begrüßungsworte an die Erschienenen, worin er folgendes ausführte:

„Angesichts der ungeahnten Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung können wir mit Stolz auf den herrlichen Tag blicken. Wir repräsentieren fast zwei Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, eine Zahl, wie sie in keinem anderen Lande in einheitlicher Organisation zusammengefaßt ist. Das lag nicht aus dem Nationalgefühl heraus oder um Deutschland in den Vordergrund zu stellen, sondern um zu betonen, daß wir, die wir jahrzehntelang auf das klassische Land der Gewerkschaftsbewegung geblickt und gezeichnet haben, je zu erreichen, was dort erzielt ist, heute es erreicht haben und England weder an Zahl, noch an Finanzkraft, noch an Einfluß auf das öffentliche Leben nachziehen. Diese Entwicklung hat sich langsam vollzogen. Aus kleinen Anfängen heraus haben wir mühsam aufbauen müssen. Anfangs hat der Streit um die Form der Organisation, besonders um die Frage, ob zentral oder lokal organisiert werden solle, die Entwicklung ungünstig beeinflusst und der pessimismus, der Zweifel an der Existenzfähigkeit und der Entwicklungsmöglichkeit der Gewerkschaftsbewegung war weit verbreitet in unseren Reihen. Er war ein freibendes Gift, das unsere Tatkraft lähmte. Dann aber trat ein erfreulicher Umschwung ein. Vor etwa Mitte der 90er Jahre begann die unaufhaltsame Aufwärtsbewegung. 1892 hatten wir 237 000, 1896: 329 000, 1899: 520 000, 1902: 678 000, 1905: 1 052 000, 1908: 1 865 000 Mitglieder. Das ist ein Aufschwung, wie er in keinem Lande zu verzeichnen ist, wie ihn auch die größten Optimalen in der kritischen Periode nicht erwartet hatten. Und er ist erfolgt nicht im Einverständnis und mit Unterstützung der Herrschenden, sondern gegen ihren Willen. Daran tun sie Unrecht! Wenn Deutschland das hervorragendste Industrieland geworden ist, wenn es England zum Teil verdrängt hat, wenn seine Waren allüberall auf dem Weltmarkt gern gekauft werden, so dankt es das nicht den Kanonen und Kriegsschiffen, nicht dem stehenden Heere, sondern in erster Linie seiner Arbeiterkraft. Man braucht die Intelligenz der Untertanen und ihrer Beamten nicht niedrig zu schätzen, aber auch der intelligenteste und kapitalträchtigste Unternehmer läßt nicht vorwärts, ohne intelligente Arbeiter. Daß diese vorhanden sind, danken sie nicht ihnen, sondern der eigenen Erziehung, der Organisation! Und weil dem so ist, sollten die Herrschenden dieser nicht Widerstand leisten, sondern ihr Unterthunung gewähren. Das Gegenteil ist geschehen. Ständig hat man versucht, die Gewerkschaften hystanzuhalten. Sozialistengesetze, Buchausvorlage, Umsturzvorlage sagen genugsam, was man im Schilde führt. Auch die verflochtenen Geschäftskreise zeigten Versuche. Das Reichsvereinsgesetz ist ein Beweis, wohn der Kurs geht, wie es versucht wird, die Organisation der Arbeiterklasse zu verhindern. Und im Vereinsgesetz sind einzelne Paragraphen direkt gegen die Gewerkschaften gerichtet. Man sucht einen Teil der Arbeiter von ihnen fernzubehalten. So die Jugendlichen, die sie gebrauchen, um sie zu erziehen, daß sie später einheitlich mit der Gesamtarbeiterklasse zusammenwirken, so die fremdsprachigen Arbeiter, die uns der berichtigte Sprachen-Paragraph des angeblich den Geist des Liberalismus atmenden Gesetzes vorenthalten soll. Das alles zeigt deutlich, daß man nach wie vor daran festhält, unserer Organisation hindernd in den Weg zu treten. Wenn umgehen kann man sie nicht mehr. Man redet von ihnen vielleicht an gewisser Stelle geflissentlich nicht, aber sie bestehen; zwei Millionen Arbeiter lassen sich auch vom geschicktesten Minister nicht ohne weiteres vom Bavier streichen. Die Gewerkschaften sind ein Machtfaktor im wirtschaftlichen und politischen Leben geworden.

worden. Man kann sie auch schon gar nicht mehr entbehren. Das Reichsstatistische Amt z. B. kann ohne die Gewerkschaften keine Arbeiterstatistik treiben. Unsere Hilfe wird ihm gerne geboten. Auf die Dauer freilich wird der Zustand nicht haltbar sein, daß die eine Behörde die Hilfe unserer Organisation benutzt, während die andere uns nicht beachtet. Wir werden uns auch dort die rechtliche Anerkennung erzwingen. Bitten tun wir nicht darum! Wir haben auch diesmal davon Abstand genommen, Regierungsvertreter einzuladen. Wir bedürfen dessen nicht. Nachdem man es abgelehnt hat, Regierungsvertreter zum Heimarbeiterschutz-Kongress zu entsenden, wo es sich um die Besserung der Lebenslage der elendest gestellten Volksschicht handelte, liegt kein Anlaß vor, sie hier einzuladen, wo die Kraft der Arbeiter vertreten ist. Auch ohne ihr Beistehen wird der Kongress seine Arbeiten erledigen, von denen ich hoffe, daß sie einen Fortschritt der Gewerkschaften bedeuten und sie so stärken werden, daß die Spanne Zeit nur noch kurz bemessen ist, bis sie sich volle Anerkennung erkämpft haben.“

Nachdem ein Vertreter der Hamburger Arbeiter einige Begrüßungsworte an die Delegierten gerichtet und auf die geschichtliche Bedeutung Hamburgs für die deutsche Arbeiterbewegung hingewiesen hatte, wurde das Bureau gewählt, das aus den beiden Vorsitzenden Böhmberg und Legien und 6 Schriftführern bestand. Darauf wurde die Tagesordnung endgültig festgesetzt, die folgendermaßen lautete:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommission, Prüfung der Mandate usw.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.
Berichterstatter C. Legien - Berlin.
- Veratung der Anträge betreffend:
 - a) Allgemeine Agitation;
 - b) Arbeiterinnen-Sekretariat.
Berichterstatterin: S. Altman - Berlin;
 - c) Agitation unter den Diensthöfen.
Berichterstatterin: S. Grünberg - Nürnberg;
 - d) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern;
 - e) Streikunterstützung und Streikstatistik;
 - f) Heimarbeiterschutz;
 - g) Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber.
Berichterstatter: B. Blum - Berlin;
 - h) „Correspondenzblatt“;
 - i) Malfeier.
3. Zentral-Arbeitersekretariat.
 - a) Bericht über die Tätigkeit.
Berichterstatter: H. Schmidt - Berlin;
 - b) Die Vertretung der Rechtshenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten.
Berichterstatter: F. Desche - Hamburg.
4. Grenzstreitigkeiten.
Referent: H. Molkenbühr - Berlin.
5. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.
Referent: H. Lange - Hamburg.
6. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten.
Referent: H. Böhsch - Berlin.
7. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung.
Referent: D. Allmann - Hamburg.
8. Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel.
Referent: H. Schmidt - Berlin.
9. Die Organisation zur Erziehung der Jugend.
Referent: H. Schmidt - Berlin.
10. Veratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Dem gedruckten vorliegenden Rechenschaftsbericht der Generalkommission fügte Legien noch einige Bemerkungen hinzu, die sich mit dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften, mit der Malfeier, mit der angeblich geplanten gewerkschaftlichen Frauenzeitung und mit den fremdsprachigen Arbeitern beschäftigten. Der Redner hob folgendes hervor:

„In Köln faßten wir eine Resolution, die den Genossenschaften unsere Sympathie ausdrückt, gleichzeitig aber bestimmte Anforderungen stellt, die Unterstützung also an gewisse Verpflichtungen bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, des Arbeitsnachweises usw. knüpft. Wir glaubten damit das Verhältnis endgültig geregelt zu haben, in der Voraussetzung, daß der Genossenschaftstag die Resolution in irgend einer Art zu der seinigen machen würde. Das ist nicht geschehen. Wir wandten uns deshalb an den Zentralvorstand der Konsumvereine, welche Stellung er zu den Forderungen einnehme, worauf er

erwiderte, daß die Einzelheiten der Resolution nicht allgemein durch den Genossenschaftstag akzeptiert werden könnten, sondern einer Vereinbarung zwischen den Zentralen vorbehalten bleiben müßten. Wir ließen die Sache daher einstweilen auf sich beruhen, um zu sehen, wie weit den Forderungen Rechnung getragen würde. Während nun aber die früheren Genossenschaftstage günstige Beschlüsse faßten, war in Düsseldorf eine Resolution angenommen, gegen die aus Gewerkschaftskreisen lebhafter Einspruch erhoben wurde, weil ihr Wortlaut den Anschein erweckte, als solle das bisherige Prinzip, daß die Genossenschaften hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorbildlich wirken sollen, nicht mehr mit alter Energie aufrechterhalten werden. Die Generalkommission wandte sich an den Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine und machte bestimmte Regelungsvorschläge bezüglich der Heimarbeit, Strafanstaltsarbeit, Tarifverträge usw. Es fanden gemeinsame Sitzungen statt, in denen die Anträge beraten und zum Teil geändert wurden. Nun gab der Zentralvorstand die Erklärung ab, daß nach dem bei ihnen üblichen Instanzenweg es nicht möglich sei, über die Frage schon in Eisenach zu verhandeln. Leider macht die gleichzeitige Tagung von Gewerkschaftskongress und Genossenschaftstag eine gegenseitige Vertretung unmöglich. Die Generalkommission erklärte sich mit der Zurückstellung der Sache einverstanden und hat deshalb ihnen auch keine Resolutionen und Anträge unterbreitet, weil eben die Sache noch im Stadium der Beratung ist. Eins ist jedoch erreicht: Der Zentralvorstand wird eine Erklärung vorlegen, wonach die Düsseldorfer Resolution keinen Bruch mit dem bisherigen Prinzip bedeutet, die Genossenschaften vielmehr nach wie vor vorbildlich wirken werden.

Wegen der Malfeier und ihrer Behandlung auf unserem letzten Kongresse haben nicht unerhebliche Auseinandersetzungen zwischen Partei- und Gewerkschaftsvertretern stattgefunden. Das gab uns Anlaß, an den Parteivorstand zwecks gemeinsamer Regelung der Frage heranzutreten. Es wurde vorgeschlagen, auf dem Internationalen Kongress in Stuttgart eventuell eine Aenderung herbeizuführen, so daß alle Länder den Beschlüssen Rechnung tragen könnten. Voraussetzung war, daß in der deutschen Delegation bei der Vorbereitungszeit eine Einigkeit erzielt würde. Bei der gemeinsamen Beratung haben wir uns im großen ganzen verständigt. Daher kam die Sache nicht zur Beratung. Endgültig waren die Vereinbarungen nicht. Die Verhandlungen wurden später fortgesetzt und es wurde die allgemein bekannte Vereinbarung getroffen.

Eine Diskussion ohne begründeten Anlaß ist entstanden auf dem Verbandstage der Textilarbeiter. Gegen den angeblichen Plan der Generalkommission, ein Frauen-Gewerkschaftsblatt herauszugeben, ist energisch Verwahrung eingelegt worden. loyal haben allerdings der Vorstand und die Generalversammlung der Textilarbeiter nicht gehandelt. Sie wissen aus langjähriger Erfahrung, daß die Generalkommission solche Projekte nicht aus eigener Macht durchführt, sondern stets die Vertreter der angeschlossenen Organisationen hinzuzieht. In diesen Sitzungen ist nichts dergleichen gesagt worden. Sie mühten daher annehmen, daß ein solches Projekt nicht existiere. Mindestens aber mühten sie wissen, daß es nicht ohne Befragung der Vorstände durchgeführt werde. In der Generalkommission ist nicht über die Gründung verhandelt worden. Nur als bei Erörterung der Diensthöfenorganisationen die Frage auftauchte, wie die Presse zu benutzen sei, habe ich beiläufig bemerkt, ob es nicht zweckmäßig sei, den Blättern der Gewerkschaften, die viele weibliche Mitglieder haben, eine Beilage zu geben, in der die speziellen Arbeiterinneninteressen behandelt werden. Ich lasse die Frage ganz offen, ob die „Gleichheit“ geeignet ist, die weiblichen Mitglieder zu gewerkschaftlichen Mitarbeiterinnen zu erziehen. Wenn wir aber eine Einrichtung für zweckmäßig halten, lassen wir uns von niemandem dreinreden und führen sie durch. Zweckmäßig wäre es aber nicht, ins Blaue hineinzureden über ein gar nicht vorhandenes Projekt. Wird ein solches der angebotenen Art einmal durchgeführt, dann werden sämtliche Organisationen, nicht nur die mit hohem weiblichem Mitgliederstand, hinzugezogen. Ich würde es für die Gewerkschaften und die gewerblichen Arbeiterinnen für sehr nützlich halten, wenn so verfahren würde. Wenn dafür heute noch keine Stimmung ist, so sagt das nichts: Schon manches wurde einst bekämpft, dem man später zustimmte.

Ueber die fremdsprachigen Arbeiter spricht der gedruckte Bericht sich nur allgemein aus. Es hat sich aber die Notwendigkeit ergeben, daß der Gewerkschaftskongress Protest einlegt gegen ein Verfahren, das die ausländischen

Wege zu gehen — die Tatsache, daß es sich um ein Streitvergehen handelt, so macht er sich des Meineids schuldig und kommt ins Zuchthaus.

Wir warnen also alle Polizisten in ihrem ureigensten Interesse, sich von dem juristischen Kuli der „Arbeitgeber-Zeitung“ aus Glatteis locken zu lassen und sich hinter ihr pflichtgemäßes Ermessen zu verbergen. Es könnte dies bitterböse Folgen für sie haben.

An den Herrn Staatsanwalt aber richten wir die ganz beiseitene Anfrage, ob eine Scharfmacher-Zeitung das Recht hat, Beamte zur Verletzung ihrer Dienstpflicht und zur Begehung einer strafbaren Handlung öffentlich anzufragen.

Eine äußerst interessante Lohnbewegung steht uns bevor, denn der König von Preußen, der im Nebenberufe auch noch deutscher Kaiser ist, hat eine Erhöhung seiner Privatliste beantragt.

Vor einiger Zeit bereits ging die Mitteilung durch die Presse, daß dem preussischen Landtag eine weitere Erhöhung der Privatliste bis zu etwa 17 Millionen Mark zugemutet werden soll.

Diese Mitteilungen sind mehrfach für unrichtig erklärt worden, aber immer wieder aufs neue und immer bestimmter aufgetreten. Nach langem Schweigen ist nun endlich von „maßgebender Stelle“ die „Nordd. Allg. Ztg.“ ermächtigt worden zu einer Erklärung, die dahin geht, daß eine Reichsdeputation nicht beabsichtigt sei.

Es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß die Erhöhung der Privatliste durchgehen wird, denn ihre Verdrängung liegt klar auf der Hand. Jedermann weiß, daß die Lebensmittel stark im Preise gestiegen sind, und auch das Meiste ist, wenn man nicht gerade als ehrlicher Handwerker durch die Lande zieht, eine recht kostspielige Sache.

Die Verwaltung könne mit den 16 Millionen jährlich nicht auskommen; die Verteuerung der Lebenshaltung mache einen höheren Geldaufwand nötig; auch sei auf eine Erhöhung der Gehälter der Hofbeamten Rücksicht zu nehmen.

Die Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung betragen 15 327 950 M., auf ein Mitglied durchschnittlich: bei den Ortskrankenkassen 2,01, bei den Innungs- und Betriebskrankenkassen 2,40, bei den Einzelbeschriebenen Hilfskassen 2,35 M.

Jedenfalls werden die Nachrichten von der beabsichtigten Aufbesserung der Bezüge des Königs im ganzen Volke mit großer Befriedigung aufgenommen werden. Gerade gegenwärtig, wo sich die Wirkung der hohen Bülle bei dem schlechten Geschäftsgang doppelt fühlbar macht und viele Familien bitter Not zu leiden haben, wird man dem Wohlstand im künftigen Jahre allgemein volles Verständnis entgegenbringen.

ten und walten, mit Rücksicht auf die gesteigerten Lebensmittelpreise und die gesteigerten Ansprüche aus dem Leben ihrem König eine Gehaltserhöhung gewähren, so werden sie sicherlich auch den Arbeitern eine Lohnerhöhung bewilligen, wenn diese dem leuchtenden Beispiele ihres Landesherren folgen werden.

Wie Bilze nach einem warmen Regen, so schießen nach einem Streif die gelben Vereine aus der Erde. Auch unter den Angestellten der Hamburger Alsterdampfschiffs-Gesellschaft, die neulich gestreift haben, ist ein solcher Streifbrecherklub entstanden.

Table with 10 columns: Passenarten, Zahl der Passen, Mitglieder im Durchschnitt des Jahres, Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit, Krankentage mit Krankengeld oder Behandlung im Krankenhaus, Krankheitskosten überhaupt, Krankheitskosten auf ein Mitglied, Vermögen. Rows include Gemeindefrankenversicherung, Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Baukrankenkassen, Innungskrankenkassen, Einzelbeschriebene Hilfskassen, Landesrechtliche Hilfskassen, and a summary for 1906 and 1905.

Im Jahre 1906 waren 23 214 Krankenkassen vorhanden, 87 mehr als im Vorjahr; während die Anzahl der Klassen bei den Betriebskrankenkassen um 49 und bei den Innungskrankenkassen um 34 gestiegen ist, ist sie bei den einzelbeschriebenen Hilfskassen um 25 zurückgegangen.

Die Anzahl der Mitglieder im Durchschnitt des Jahres beträgt 11 689 388, der Zuwachs an Mitgliedern gegen das Vorjahr rund 505 000. Das Wachstum trifft hauptsächlich wieder die Ortskrankenkassen mit 313 000, auch die Betriebskrankenkassen nahmen mit 157 000 an dem Wachstum teil.

Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit stellt sich auf 4 423 756 mit 87 444 605 Krankentagen; auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 0,38 Erkrankungsfälle und 7,48 Krankentage, für die Krankengeld oder Krankenanstaltsverpflegung gewährt wurde.

Die ordentlichen Einnahmen (Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge, Zuschüsse, Erbschaften, sonstige Einnahmen abzüglich derer für die Invalidenversicherung) betragen 293 305 106 M., darunter Beiträge (einschließlich Zulagebeiträge) und Eintrittsgelder 276 604 612 M.

Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Erbschaften, zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder, Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung, sonstige Ausgaben) betragen 264 236 035 M., welche sich verteilen auf:

- ärztliche Behandlung 57 293 080 M.
Arznei und sonstige Heilmittel 36 021 712 M.
Krankengelder 104 050 833 M.
Schwangere und Wöchnerinnen 5 061 736 M.
Sterbegelder 6 521 058 M.
Krankenanstalten 32 670 074 M.
Retonvalezenten 175 111 M.

Auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 20,68 M. Krankheitskosten, gegen 20,76 M. im Vorjahr.

Die Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung betragen 15 327 950 M., auf ein Mitglied durchschnittlich: bei den Ortskrankenkassen 2,01, bei den Innungs- und Betriebskrankenkassen 2,40, bei den Einzelbeschriebenen Hilfskassen 2,35 M.

Das Gesamtvermögen betrug 230,2 Millionen Mark (im Vorjahr 203,0), wovon auf die Ortskrankenkassen 106,0, die Betriebskrankenkassen 97,1 und die Einzelbeschriebenen Hilfskassen 13,5 Millionen Mark entfielen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Die Praktiker vom Bäcktag. Nach berühmten Mustern haben auch die Hamburger Bäckerinnungsmeister in ihrem letzten Jahresbericht zu der Sozialpolitik Stellung genommen und dabei folgende tief sinnige Gedanken zutage gefördert:

Wir Bäckermeister müssen alle Bestrebungen, die darauf abzielen, die sogenannte soziale Gesehgung noch weiter auszubauen, sofern damit eine weitere Belastung des Arbeitgebers verbunden ist, auf das entschiedenste bekämpfen. Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiter bei der allgemeinen Lohnsteigerung sehr wohl in der Lage sind, falls sie das Bedürfnis nach weiterer Fürsorge für sich und ihre Angehörigen empfinden, dafür aus eigenen Mitteln die Beiträge aufzubringen.

des Klubs ist, in Krankheits- und Unglücksfällen Unterstützung zu gewähren, geistlichen und kollegialen Umgang zu pflegen, sowie auf ein friedliches Verhältnis mit dem Arbeitgeber hinzuwirken. Politische Bestrebungen irgendwelcher Art sind ausgeschlossen. § 5. Die Mitglieder dürfen keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören.

Die Absicht, die diesem Klub zu Grunde liegt, kann ein Minder mit dem Stocke fühlen. Wie sagt doch Antel Bräutigam: „Machtigall, ich seh dir laufen, aus das Wächlein tußt du laufen!“ Ein Skandal ist es, daß die Streifbrecher und Speichellecker den schönen Namen „Freue“ so verstoßeln.

Arbeiterversicherung.

Ueber die Krankenversicherung im Jahre 1906 werden die endgültigen Zahlen amtlich bekannt gemacht. Sie ergeben folgendes Bild:

Table with 10 columns: Passenarten, Zahl der Passen, Mitglieder im Durchschnitt des Jahres, Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit, Krankentage mit Krankengeld oder Behandlung im Krankenhaus, Krankheitskosten überhaupt, Krankheitskosten auf ein Mitglied, Vermögen. Rows include Gemeindefrankenversicherung, Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Baukrankenkassen, Innungskrankenkassen, Einzelbeschriebene Hilfskassen, Landesrechtliche Hilfskassen, and a summary for 1906 and 1905.

erträgnisse 50 Millionen annehmen. Und wofür werden diese 50 Millionen ausgegeben? In der Hauptsache für Agitation, und zwar für eine Agitation, die darauf abzielt, Neid, Haß und Unfrieden zu erwecken und damit zielbewußte Klassenkämpfe zu erzielen.

Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Erbschaften, zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder, Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung, sonstige Ausgaben) betragen 264 236 035 M., welche sich verteilen auf:

Die ordentlichen Einnahmen (Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge, Zuschüsse, Erbschaften, sonstige Einnahmen abzüglich derer für die Invalidenversicherung) betragen 293 305 106 M., darunter Beiträge (einschließlich Zulagebeiträge) und Eintrittsgelder 276 604 612 M.

Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Erbschaften, zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder, Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung, sonstige Ausgaben) betragen 264 236 035 M., welche sich verteilen auf:

- ärztliche Behandlung 57 293 080 M.
Arznei und sonstige Heilmittel 36 021 712 M.
Krankengelder 104 050 833 M.
Schwangere und Wöchnerinnen 5 061 736 M.
Sterbegelder 6 521 058 M.
Krankenanstalten 32 670 074 M.
Retonvalezenten 175 111 M.

Auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 20,68 M. Krankheitskosten, gegen 20,76 M. im Vorjahr.

Die Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung betragen 15 327 950 M., auf ein Mitglied durchschnittlich: bei den Ortskrankenkassen 2,01, bei den Innungs- und Betriebskrankenkassen 2,40, bei den Einzelbeschriebenen Hilfskassen 2,35 M.

Das Gesamtvermögen betrug 230,2 Millionen Mark (im Vorjahr 203,0), wovon auf die Ortskrankenkassen 106,0, die Betriebskrankenkassen 97,1 und die Einzelbeschriebenen Hilfskassen 13,5 Millionen Mark entfielen.

Gerichtliches.

Die Pensionskasse der Firma Krupp war kürzlich Gegenstand eines interessanten Prozesses, der das Landgericht Essen in der Berufungsinstanz beschäftigt. Es handelte sich darum, ob die dem Essener Werke angehörigen Arbeiter im Falle ihres vor Ablauf einer gewissen Reihe von Jahren erfolgenden Abscheidens aus dem Dienste der Firma die in die Pensionskasse gezahlten Beiträge zurückverlangen können.

